

LEF Academy mit Prof. Dr. Georg Cremer zu Mythen, Halbwahrheiten und Fakten zum deutschen Sozialstaat

1. Eröffnung durch Stefan Kolev (Leiter des Ludwig-Erhard-Forums)

Das Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft erforscht in verschiedenen Projekten das Thema Resilienz. Dabei kommt dem Sozialstaat eine zentrale Rolle zu. Resilienz wird hier verstanden als die Fähigkeit des Menschen, nach einem Schock wieder aufzustehen und sich dabei neu zu erfinden. Für beide Schritte ist der Sozialstaat wichtiger denn je. Obwohl viele liberale Ökonomen oft mit dem Sozialstaat fremdeln, gebietet es die aktuelle Zeit, diesen Schatz, den viele Länder gar nicht haben, wieder zu entdecken.

Dabei geht es nicht um bloßes Bewahren, denn die Schwächen sind bekannt: Er ist teuer, nicht vollkommen effektiv und hält seine Versprechen intergenerational sowie intertemporal oft nicht. Es gilt, den Sozialstaat finanziell nachhaltig zu gestalten, damit er heute sowohl älteren als auch jungen Menschen Sicherheit bietet. Dass eine tragfähige Transformation des Wohlfahrtsstaates möglich ist, haben die skandinavischen Länder in den späten 1980er und 1990er Jahren gezeigt. Auch die Rentenkommission, der Georg Cremer angehörte, hat bewiesen, dass ein solcher Konsens über Parteigrenzen hinweg machbar ist.

Zum Referenten Georg Cremer: Während viele über den Sozialstaat reden, verstehen nur wenige dessen Teilsysteme und Interdependenzen in dieser Tiefe. In seinen Büchern und Vorträgen muss Cremer zwei Gruppen befrieden: Einerseits argumentiert er gegenüber Ökonomen für die Notwendigkeit des Sozialstaats; andererseits fordert er von Sozialverbänden und Befürwortern finanzielle Nachhaltigkeit ein, um zukünftige Generationen nicht übermäßig zu belasten. Es zeichnet Georg Cremer aus, dass er sich politisch oder ideologisch nicht einfach verorten lässt.

2. Vortrag von Georg Cremer: „Alles schrecklich ungerecht“ – Mythen und Reformen in der Sozialstaatsdebatte

Cremer startet mit der Diagnose, dass die aktuelle Debatte über den Sozialstaat von einer wachsenden Unzufriedenheit geprägt sei. Änderungsvorschläge zur Steigerung der Effizienz lösten regelmäßig starke Abwehrreaktionen aus und verstärkten die eigentlich zu überwindende gesellschaftliche Polarisierung. Als Hauptursache sieht er verfestigte Mythen und Halbwahrheiten, die in den Medien gebetsmühlenartig kolportiert werden

und fälschlicherweise als selbstevident gelten. Bei genauerer Betrachtung ließen sie sich schnell entzaubern.

Mythos 1: „Der Sozialstaat wurde kaputtgespart“

Cremer legte dar, dass das Sozialbudget seit den 1960er Jahren nominal stark gestiegen sei. Auch die Sozialquote (der Anteil der Sozialausgaben am BIP) zeige einen kontinuierlichen Ausbau und keineswegs eine Explosion. Die weitverbreitete Gegenthese eines Abbaus qualifizierte er als „empirie-freie Empörung“, die auf einer nostalgischen Verklärung der Vergangenheit beruhe – insbesondere auf dem Irrglauben, die gesetzliche Rente habe früher den Lebensstandard allein sichern können. Tatsächlich seien die Leistungen erheblich erweitert worden: Die Realeinkommen im Rentenalter seien gestiegen, die medizinische Versorgung sei besser, und es existierten neue Ansprüche wie der Rechtsanspruch auf Kita-Plätze oder die Pflegeversicherung. Zudem sei der Rückgriff des Sozialamts auf das Einkommen von Kindern für die Pflege der Eltern (unter einer Grenze von etwa 100.000 Euro) faktisch abgeschafft worden. Die These vom Kaputtsparen sei daher wirkmächtig, aber empirisch nicht haltbar.

Mythos 2: „Die Mitte schrumpft“ und „Die Schere geht immer weiter auseinander“

Auch diese These ist laut Cremer gemessen an der Einkommensmitte empirisch unzutreffend. In historischer Betrachtung habe die Einkommensungleichheit stark abgenommen. Zwar sei die Einkommensschere nach der Wiedervereinigung durch die Marktöffnung nach Osteuropa und steigende Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den 1990er Jahren gewachsen; die Daten seit 2005 zeigten jedoch, dass Realgewinne bei den Haushaltseinkommen auch in der Mitte stattfänden. Dazu hätten nicht zuletzt die Agenda 2010 und die Einführung des Mindestlohns beigetragen.

Mythos 3: „Arbeit lohnt sich nicht“

Das Lohnabstandsgebot sei zwar zurück auf der politischen Agenda, vieles beruhe aber auf billiger Rhetorik. Zwar existierten Vergleichsrechnungen, nach denen ein Mindestlohnempfänger mit Familie netto weniger zur Verfügung habe als ein Haushalt im Bürgergeldbezug. Dabei werde jedoch die unterstützende Rolle des Sozialstaats übersehen: Durch Ansprüche auf Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld werde typischerweise ein deutlicher Abstand gewahrt.

Cremer differenzierte zudem das Phänomen der „Aufstocker“: Die meisten der rund 800.000 Betroffenen seien Minijobber oder Teilzeitbeschäftigte, die ihr Einkommen aufbesserten, und keine Vollzeitkräfte mit inakzeptabler Bezahlung. Dass Arbeit sich materiell lohne, sei erst durch die Reformen ab 2005 sichergestellt worden.

Mythos 4: „Arme in einem reichen Land sind ein Skandal“

Cremer erläuterte die Funktionsweise der Armutsmessung der EU, die bei einer statistischen Schwelle von 60 Prozent des mittleren Einkommens greife (aktuell 1.444 Euro für einen Single-Haushalt). Darunter fielen beispielsweise definitionsgemäß auch die meisten Studierenden. Da es sich hierbei um eine relative Einkommensquote und keine absolute Armutsquote handle, werde es auch einem hochentwickelten Sozialstaat per se nicht gelingen, diese Quote auf null zu senken. Zur Skandalisierung taue dieser Indikator daher nicht.

Mythos 5: „Der Sozialstaat zerstört die private Hilfsbereitschaft“

Die liberale Kritik, wonach Steuern und Abgaben die private Hilfsbereitschaft verdrängen, überzeichne nach Cremers Ansicht die Reichweite privater Hilfe. Ohne den Sozialstaat stünden Menschen ohne vermögende Familien vor dem Nichts. Dennoch bleibe das Element freiwilliger Verantwortung (z. B. in der Alten- und Behindertenhilfe) weiterhin unverzichtbar für das Gesamtsystem.

Reformoptionen und Legitimationsproblem

Der zweite Teil des Vortrags widmete sich Reformoptionen. Die Blockade zwischen radikalen Kürzungen („Kettensäge“) und sofortiger Abwehr („Schnappatmung“) verhindere laut Cremer die Auslotung mehrheitsfähiger Reformen. Zudem leide der Sozialstaat unter widersprüchlichen Erwartungen der Bevölkerung: Gewünscht werde ein Ausbau der Leistungen auf allen Feldern, die Bereitschaft zur Finanzierung über Abgaben sinke jedoch, sobald der Wunsch mit einem Preisschild versehen werde. Die beiden Parteien der aktuellen Koalition hätten diese Illusion eines sorglosen Status quo im Wahlkampf durch ein konsumistisches Politikverständnis befeuert und das Thematisieren von Zumutungen vermieden.

Vorschläge der Linken zur Gegenfinanzierung (wie eine 12-prozentige Besteuerung von Betriebsvermögen) kritisierte Cremer als konfiskatorisch, da sie die wirtschaftliche Substanz zerstörten. Realistischere Reformansätze, etwa bei der Erbschaftssteuer, brächten laut Schätzungen des IW rund 30 Milliarden Euro – was lediglich etwa 2 Prozent des gesamten Sozialbudgets entspreche. Demnach komme man um eine ehrliche Prioritätendebatte nicht herum.

Laut Cremer helfen Blut, Schweiß und Tränen-Predigten nicht weiter. Stattdessen gilt es sich mit zwei wesentlichen Fragen für die Soziale Marktwirtschaft zu beschäftigen: Was kann sozialer Fortschritt bedeuten in Zeiten, in denen wir nicht weiter expandieren

können? Wie können wir innerhalb des Sozialbudgets bleiben (bei wachsender demographischer Alterung)? Dazu formulierte er vier zentrale Handlungsfelder:

1. Kampf gegen verdeckte Armut: Viele Betroffene beantragten Leistungen nicht, die ihnen rechtlich zustünden.
2. Das Problem steigender Einkommen: Die Abschmelzregelungen bei der Aufnahme oder Ausweitung von Arbeit seien zu hoch, sodass sich Mehrarbeit für Familien finanziell zu wenig lohne. Dieser Effekt werde durch die kalte Progression verstärkt
3. Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit: Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern sowie hohe bürokratische Hürden erschwerten beispielsweise eine rechtsfeldübergreifende Beratung. Hier bestehe ein inhärenter Zielkonflikt zwischen Bürokratieabbau und Einzelfallgerechtigkeit.
4. Potenziale entfalten: Der Sozialstaat müsse präventiv wirken und Kooperationshürden abbauen, damit Menschen befähigt würden, Eigenverantwortung zu übernehmen. Die Sozialdebatte sei auch zu stark verteilungspolitisch fokussiert und vernachlässige Gerechtigkeitsfragen, die sich bereits vor dem staatlichen Eingreifen stellten – etwa die präventive Unterstützung von Familien in prekären Lagen zur Vermeidung von Notlagen.

Abschließend mahnte Cremer, dass die Kräfte der liberalen Demokratie vorsichtig mit Untergangsszenarien und einer Rhetorik des ständigen Politikversagens umgehen sollten, um nicht durch ihre Rhetorik den Feinden der Demokratie den Boden zu bereiten.

3. Auszüge aus der anschließenden Diskussion

In der an den Vortrag anschließenden Diskussionsrunde wurden die thematisierten Reformhürden und internationalen Vergleiche vertieft:

- *Sozialleistungsquote und Effizienz:* Auf die Frage, ob die Sozialleistungsquote und die Anzahl der einzelnen Sozialleistungen in Deutschland zu hoch seien, entgegnete Cremer, dass eine Senkung der Quote politisch kaum durchsetzbar sei. Angesichts der demografischen Alterung stelle sich sofort die Frage, welcher Gruppe – etwa den Rentnern – man Leistungen entziehen wolle. Die bloße Anzahl der Leistungen spiele zudem keine Rolle; entscheidend sei allein die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen.
- *Der skandinavische Vergleich:* Ein Teilnehmer fragte, warum es skandinavischen Ländern im Gegensatz zu Deutschland gelungen sei, ihre Quoten zu senken, und kritisierte den Trend zur Objekt- statt Subjektförderung (wie bei der Mietpreisbremse, die auch wohlhabenden Mietern nütze). Cremer räumte ein, dass viele Maßnahmen unten gar nicht ankämen, einmal eingeführte Leistungen jedoch politisch schwer rückgängig zu machen seien. Zudem habe Schweden

historisch von einer sehr hohen Quote aus agiert und Dänemark eine geschickte Reform im Sinne der „Flexicurity“ umgesetzt. Stefan Kolev ergänzte, dass beide Länder in diesem Zeitraum auch stark gewachsen seien, was die Quote am BIP automatisch senke.

- *Staatsinterne Effizienz und Digitalisierung:* Bezüglich der Verbesserung staatsinterner Effizienz forderte Cremer eine Vereinheitlichung der zersplitterten IT-Landschaft. Zudem müsse der Datenschutz so weiterentwickelt werden, dass administrative Daten besser genutzt werden könnten – nicht nur zur Rückverfolgung, sondern um die tatsächlichen Wirkungen von Maßnahmen zu messen.
- *Pfadabhängigkeiten aufbrechen:* Auf die Frage, wie historisch gewachsene Strukturen des deutschen Systems reformiert werden könnten, plädierte Cremer für eine bessere Vereinbarkeit von Flexibilität und Sicherheit. Als Beispiel nannte er die Debatte um eine Aufhebung des Kündigungsschutzes bei sehr hohen Einkommen, um die Kosten des Scheiterns innovativer Ideen zu senken. Die Pfadabhängigkeit sei in Deutschland teilweise sehr hoch. Kolev fügte hinzu, dass der skandinavische Erfolg auf einem internen Ideenwettbewerb und Experimenten beruhe. Deutschland müsse die politische „Wagenburg“ verlassen, was jedoch auch an der Struktur der Volksparteien verkompliziert werde.
- *Populismus und Bürgergeld:* Gefragt nach dem populistischen Narrativ, Transferleistungen würden den dauerhaften Aufstieg in höhere Einkommensgruppen verhindern, verwies Cremer auf das Kriterium des Bundesverfassungsgerichts, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betone. Eigentlich sei das System auf die Überwindung von Abhängigkeit und auf Mitwirkungspflichten ausgelegt; dieser Aspekt der Mitwirkung sei jedoch durch die Bürgergeldreform zu stark in den Hintergrund gedrängt worden.
- *Befähigung zur Selbsthilfe:* Auf die Frage, wie man Menschen besser zur Selbsthilfe befähigen könne, beschrieb Cremer ein Präventions- und Projektionsdilemma: Menschen, die Unterstützung am dringendsten benötigten, würden oft nicht erreicht. Gut informierte, aber eigentlich nicht primär gemeinte Gruppen hingegen griffen Leistungen aufgrund ihrer besseren Informiertheit erfolgreich ab. Als Lösungsansatz schlug er vor, Hilfe dort anzubieten, wo die Menschen im Alltag seien – beispielsweise durch den Einsatz von Sozialarbeitern direkt in Kinderarztpraxen, um Eltern niederschwellig zu erreichen.
- *Erfolgsfaktoren der Rentenkommission:* Abschließend wurde nach dem Erfolgsgeheimnis der Rentenkommission gefragt, in der auch Beamte Kompetenzen abgegeben hatten. Cremer führte dies vor allem auf die professionelle Arbeitsweise zurück: Kein Mitglied habe bei den Sitzungen gefehlt, Experten seien konsequent angehört worden und der politische Druck, ein tragfähiges Ergebnis zu liefern, sei zudem enorm hoch gewesen.

Insgesamt bot die LEF Academy mit Georg Cremer wertvolle Impulse für eine differenzierte Debatte, die den Sozialstaat abseits populistischer Mythen als gestaltbare und notwendige Säule unserer Gesellschaft begreift.